

# Zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs\*

Erwin Knauß

Verehrte Bürgerinnen und Bürger in Wetzlar! Liebe Gäste aus aller Welt!

Das Jahr 1989 hat uns bereits eine Reihe von Gedenktagen gebracht, so die Erinnerung an die Französische Revolution vor 200 Jahren und sowohl an das 40jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland als auch ihres Grundgesetzes als damals nur vorläufig angesehene Verfassung. Kein Datum aber kann im Blick auf die Geschichte für uns Deutsche eine wichtigere Bedeutung haben als der 1. September 1939, der Tag, an dem vor nunmehr 50 Jahren die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges fielen. Denn dies ist heute - wenn man von einigen Unbelehrbaren absieht - in Wissenschaft und Öffentlichkeit unbestritten: Eine Kriegsschuldfrage in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg gibt es nicht. Dieser Krieg wurde ohne eine förmliche Erklärung willkürlich und skrupellos von der damaligen politischen Führung des Deutschen Reiches begonnen.

Aber auch das muß gesagt werden: Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg mit seiner überschäumenden Begeisterung der Massen bei seinem Ausbruch am 1. August 1914, brachte die Reichstagsrede Hitlers am frühen Morgen des 1. September 1939 eher Beklemmung und Angst, von Jubel oder lauter Zustimmung konnte keine Rede sein. Lähmendes Entsetzen erfaßte große Teile des Volkes eingedenk dessen, was nur rund 20 Jahre vorher in einem fürchterlichen Blutbad geendet hatte. Viele schienen zu ahnen, wie das ausgehen würde, was soeben mit dem Überschreiten der Grenze Polens begonnen hatte.

An einem solchen Tage müssen wir uns vor allem zwei wesentliche Fragen stellen, wenn wir nicht ins Unverbindliche ausweichen wollen.

Die erste Frage lautet: Wie konnte es zu diesem von Deutschland provozierten und gewaltsam begonnenen Angriffskrieg kommen? Die zweite Frage muß dann lauten: Wie gehen wir heute - 50 Jahre danach -

---

\* Vortrag, gehalten am 1. September 1989 in Wetzlar auf Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Wetzlar.

mit diesem Ergebnis um? Haben wir etwas aus der jüngsten Geschichte gelernt?

### Zur Frage 1:

Es kann in dieser Stunde nicht darum gehen, die gesamte Entwicklung zum Zweiten Weltkrieg wie in einem Geschichtsseminar abzuhandeln. Dieser Tag der Besinnung muß aber an einige wesentliche Stationen und Entscheidungen der Zeit vor dem 1. September 1939 erinnern.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Krieg von Hitler geplant und gewollt war, so wie er es eigentlich schon in seinem Buch „Mein Kampf“ deutlich niedergeschrieben hatte. Das Wesen dieses Mannes war - wie kaum zuvor in der Menschheitsgeschichte - bestimmt von dogmatischer Festlegung und seinem unbändigen Willen zur Macht und zur Vernichtung alles dessen, was sich ihm in den Weg stellen wollte. Seine Menschenverachtung war grenzenlos und scheute auch nicht davor zurück, Freunde und Gesinnungsgenossen nach Belieben fallenzulassen und womöglich auch zu vernichten.

Es wäre aber verfehlt, die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und seine Auslösung mit dem brutalen Angriff auf Polen allein aus diesem „Führer-Absolutismus“ zu erklären. Ihn gab es nicht von Anfang an!

Vorbereitung wie Entfesselung des Krieges waren nicht möglich ohne die Mitwirkung der traditionellen Führungsgruppen im militärischen und zivilen Bereich, vor allem aber auch in der Wirtschaft.

Dabei kam Hitler - durch anfängliche, zwar teuer bezahlte Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - eine ständig wachsende Zustimmung in der Bevölkerung entgegen, die einen real nicht bestimm- baren Mythos um diesen „Führer“ verbreitete und die Hoffnung und Sehnsüchte der Menschen wie in einem Brennglas bündelte.

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte natürlich auch die schon während der Zeit der Weimarer Republik weit verbreitete Stimmung gegen den Versailler Vertrag und die fast sensationell leichten, einseitigen Schritte zur teilweisen Aufhebung dieses Vertrags, wie der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1935), der ständig steigenden unerlaubten Rüstung und dem Einmarsch in das sogenannte entmilitarisierte Rheinland (1936). Hitler konnte sich hier auf die scheinbare Identität seines 25 Punkte umfassenden Parteiprogramms mit wirtschafts- und machtpolitischen Zielsetzungen der alten Führungsschichten stützen, deren Streben nach Wiederherstellung

deutscher Großmacht einschließlich kolonialer Ausdehnung und auf die Sicherung bzw. Erweiterung wirtschaftlicher Einflußzonen vorrangig in Osteuropa gerichtet war.

So konnte Hitler nicht nur den schon leicht senilen Reichspräsidenten Hindenburg mit seinem Anhang, ein Idol des deutschen Nationalismus, leicht auf seine Seite bringen, sondern es gelang ihm auch, führende Kreise der Wirtschaft durch die Aussicht auf hohe Gewinne in der Rüstungsindustrie für sich zu gewinnen, ja er konnte sogar große Teile der Reichswehrführung von der Richtigkeit seines Wegs überzeugen, indem er sich im beginnenden Machtkampf zwischen Armee und seiner SA skrupellos auf die Seite des Militärs stellte und in der Mordnacht des 30. Juni 1934 seine eigenen Kampfgenossen und zusätzlich weitere mißliebige Persönlichkeiten und Gegner brutal liquidieren ließ.

In Wirklichkeit waren die Zielsetzungen der genannten Gruppen nur teilweise deckungsgleich mit dem, was Hitler im Sinn hatte, nämlich Lebensraumeroberung im Osten, imperiale Kolonialpolitik und Vernichtungskampf gegen alle Gruppen und Völker, die nach seiner Rassenideologie als minderwertig galten oder sich dem Herrenvolk der Deutschen entgegenstellten. Dies konnte für ihn nur in einem Krieg verwirklicht werden, aber diese radikale Kriegsbereitschaft war in den genannten gesellschaftlichen Gruppen keineswegs vorhanden. Aber Hitler ließ sich in seinem grenzenlosen Willen, diesen Krieg zu führen, kaum beirren. Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, Widersacher und Gegner wie Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, wenn sie versuchten, ihn aufzuhalten. Es liegt eine gewisse Tragik in der geschichtlichen Entwicklung der Jahre 1936 - 1939, daß innen- und außenpolitische Erfolge der Nazi-Herrschaft das brutale Vorgehen der SS und der Gestapo gegen wirkliche und vermeintliche Gegner des Regimes überdeckte und es geschehen konnte, daß die finstere Realität der KZs weitgehend unbekannt blieb.

Es kann ohne Einschränkung behauptet werden, daß die beängstigend schnelle Abfolge der Ereignisse in den Jahren 1936 - 1939 dem unabdingbaren Willen Hitlers zum Angriffskrieg sehr entgegen kam und sich zu einem Weg ohne Umkehr auswuchs. Mehr oder weniger ernsthafte Versuche, vor allem aus den Kreisen hoher Militärs, Hitler zu stürzen, wurden ebenso von diesen unbegreiflichen Erfolgen des Nazi-regimes überrollt und erstickt.

Schon während sich der deutsche Diktator noch bei der Olympiade 1936 in Berlin als Friedenskanzler feiern ließ, erklärte er in einer damals geheim gehaltenen Denkschrift zum 4. Jahresplan: „Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft kriegsfähig sein.“

Im November 1937 machte Hitler in einer mehrstündigen Rede vor dem Außenminister, dem Kriegsminister und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile klar, daß sein Entschluß feststand, in naher Zukunft mit dem Krieg zu beginnen. Warnungen bedächtiger Militärs vor den Gefahren einer Eskalation und Ausweitung zu einem Weltkrieg schlug er in den Wind. Die zögernden Teile der Heeresführung wurden unter fadenscheinigen Vorwänden abgelöst, diffamiert und ausgestoßen und durch willfährige Nachbeter seiner Ideologie ersetzt.

Die innenpolitische Krise in Österreich brachte im März 1938 mit dem erzwungenen Einmarsch der deutschen Truppen die Verwirklichung des Traumes vom Großdeutschen Reich und ließ die Zustimmung der Bevölkerung nicht nur gewaltig steigen, sondern nährte auch den Mythos vom begnadeten und unbezwingbaren „Führer“.

Ließ sich dieser „Anschluß“ Österreichs wie auch der Druck auf die Tschechoslowakei im Herbst 1938 mit dem durch das Münchner Abkommen sanktionierten Einmarsch in die Sudetengebiete noch mit der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker und Revision des Versailler Vertrages begründen, so war die provozierte Zerschlagung des Prager Reststaates gegen jedes Völkerrecht im März 1939 unter dem Bruch der gerade erst abgeschlossenen Verträge endgültig der Punkt, an dem die Hitlerschen und Goebbelschen Propagandathesen vom friedliebenden Deutschland zerrissen wurden, weil alle Welt sah, daß dies keine sogenannte Befreiung der Bevölkerung, sondern ihre gewaltsame Besetzung war. Nunmehr entschloß sich England trotz gewichtiger innenpolitischer Opposition zu seiner Garantieerklärung für ein unabhängiges Polen, das Hitler bereits längst als nächstes Opfer seiner Aggressions- und Eroberungspolitik ausersehen hatte. Dabei war die Frage der damals deutsch besiedelten „Freien Stadt Danzig“ nur ein für Hitlers Zielsetzung idealer Vorwand, um den politischen Staat unter Druck zu setzen. Aber freiwillig wollte sich Polen - mit der Rücken- deckung Englands und Frankreichs - den Forderungen Hitlers nicht beugen und seine territoriale Unabhängigkeit nicht preisgeben.

Für Hitler wurde die Zeit knapp: Eine wachsende Versorgungskrise im Innern des Reichs ging einher mit der Beschleunigung des internationalen Rüstungswettlaufs, der die noch vorhandene militärische Überlegenheit Deutschlands in das Gegenteil zu verkehren drohte.

Da wurde die Welt am 22. August mit der fast unglaublichen Meldung konfrontiert, daß sich die ideologischen Erzfeinde Hitler und Stalin verbündet und einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hätten. Seit den Aufsehen erregenden Veränderungen und Entwicklungen in der UdSSR unter Gorbatschow wissen wir, daß damals in einem geheimen Zusatzabkommen neben der Teilung Polens auch die Zerschlagung der baltischen Staaten beschlossen worden war und Hitler nunmehr freie Hand hatte, seine Zielsetzung zu verwirklichen. Vermittlungspläne - in letzter Minute von verschiedenen Seiten, darunter auch von dem verbündeten Diktator Italiens Mussolini versucht - fegte er vom Tisch. Hitler wollte seinen Krieg und er wollte ihn jetzt, um die vermeintlich günstige Konstellation nach dem Pakt mit Moskau voll zu nutzen.

Mit dem Angriffsbefehl vom 1. September 1939 nahm Hitler das Risiko eines europäischen Krieges in Kauf. Vor der Weltöffentlichkeit kaschierte er diese verbrecherische Aggression mit einem angeblichen polnischen Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz, der in Wahrheit von in polnische Uniformen gesteckten SS-Leuten ausgeführt wurde.

Was Hitler möglicherweise nicht wirklich erwartet hatte, tritt zwei Tage später ein: England verlangt ultimativ die Einstellung der Kriegshandlungen und den Rückzug der deutschen Truppen hinter die Reichsgrenzen. Als Hitler ablehnt, erklären England und Frankreich den Krieg, der sich sehr bald zu einem Weltkrieg von ungeahnten Ausmaßen entwickeln sollte. An seinem Ende stehen rund 55 Millionen Tote in aller Welt; davon allein 13 1/2 Millionen russische Soldaten. In deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern sterben über 6 Millionen unschuldiger Menschen einen gewaltsamen und meist qualvollen Tod. Wir alle sind darüber erschüttert; aber kaum jemand unter uns ist von diesem unvergleichbar größten Massenmord der Menschheitsgeschichte mehr betroffen als die bei uns weilenden ehemaligen jüdischen Mitbürger. Zahlen sagen oft nicht genug aus über das Leid und die Trauer von Menschen, die ja immer individuell erfahren werden. Darum beschränke ich mich an dieser Stelle auf einige erschütternde Angaben, die vielleicht weniger bekannt sind:

So verlor das polnische Volk über 4,5 Millionen Menschen, darunter 4,2 Millionen Zivilisten in diesem Krieg; das sind rund 14% seiner Bevölkerung.

Die Gesamtzahl der Verluste Rußlands werden auf ca. 20 Millionen Tote beziffert.

Die ungeheuren Opfer des eigenen Volkes haben ja beinahe jede Familie betroffen. Ca. 9% der Gesamtbevölkerung Deutschlands wurden getötet; dazu zählen auch zwischen 30 000 und 40 000 Hingerichtete, die von der Militär- und Ziviljustiz zum Tode verurteilt wurden - oft wegen nur geringer Verfehlungen.

Wo wir hinschauen, erschütternde Zahlen und eine unfaßbare Bilanz des Todes und der Zerstörung.

Ich komme zur 2. wichtigen Frage:

Wie gehen wir heute mit dem um, was da vor einem halben Jahrhundert geschah?

50 Jahre nach diesem für die ganze Welt schicksalhaften Tag geht es, wie ich meine, nicht nur um einen Augenblick der schmerzlichen Erinnerung oder des pflichtgemäßen Gedenkens. Wir können uns auch nicht mit der zwar wichtigen, aber doch sehr einfachen Formel davonestehlen, die in Ost und West fordert: „Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen!“ Wir müssen vielmehr den Krieg überhaupt in Frage stellen und ihn als das bezeichnen, was er in Wirklichkeit ist, nämlich Völkermord. Nur wenn wir Kriegswaffen → Völkermordwaffen, Kriegsspielzeug → Völkermordspielzeug, Kriegsbeginn → Völkermordbeginn aber auch Kriegsverhütung → Völkermordverhütung nennen, erkennen wir die ganze Tragik dieser Welt, in der noch immer Menschen auf Menschen schießen und viele Millionen auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewaltsam getötet wurden.

Jeder einzelne von uns ist aufgerufen, seine Verantwortung für den Frieden zu erkennen, indem er dazu beiträgt, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß der Krieg als Möglichkeit der Auseinandersetzung zwischen Menschen und Völkern unmöglich gemacht wird.

Dazu ist es notwendig, daß wir Entwicklungen in unseren Tagen aufmerksam beobachten und deutlich beim Namen nennen, die erneut Kriege unter den Menschen in den Bereich des Möglichen rücken; andererseits aber müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden

Mitteln jenen Kräften den Rücken stärken, die bedingungslos für das friedliche Zusammenleben der Völker eintreten. Als Teilnehmer und Überlebender dieses Krieges, der heute vor 50 Jahren begann, darf ich vor allem die jüngeren unter den Zuhörern daran erinnern, und ich spreche hier nicht nur als Historiker sondern auch als Gewerkschafter, daß dieser 1. September nicht erst jetzt als Gedenktag ins Leben gerufen wurde, sondern schon seit 1957 vor allem von den Gewerkschaften als Antikriegstag begangen wird. Er sollte mahnen angesichts der Tatsache, daß seit 1945 über 160 Kriege in aller Welt geführt wurden und in der Erkenntnis, daß die bereitliegenden A-, B- und C-Waffen vieltausendmal in der Lage sind, die Menschheit zu vernichten.

Die Grundstimmung der Generation, die den Zweiten Weltkrieg lebend überstand, war fast ausnahmslos gegen die Wiederaufrüstung und vor allem gegen die atomare Bewaffnung gewandt. Trotzdem sind die konventionellen und atomaren Waffenarsenale stetig gewachsen, haben die Militärstrategen immer raffiniertere Raketensysteme entwickelt.

Sie nennen diese irrationale Art der angeblichen Friedenssicherung die Logik der Abschreckung. Dazu mußten sie immer neue Systeme erfinden, um einen Krieg führen und vermeintlich gewinnbar zu machen. Letzte fast unbegreifbare Entwicklung ist das von den USA geplante Bewaffnungs-System SDI. Dabei muß leider immer wieder lautstark betont werden, daß es kaum einen anderen Bereich in der Politik gibt, der so bedeutsam für die menschliche Existenz ist, der aber gleichzeitig einer breiten demokratischen Kontrolle der Bürger entzogen war wie der Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik.

Die Absicht, vor allem der Großmächte, Kriege durch gegenseitige Bedrohung und unbegrenzte Rüstung verhüten zu wollen, schien schicksalhaft und unaufhaltsam zu sein. Jahrelang blieben die Appelle der Antiatomtod-, der Ostermarsch- und der Friedensbewegung ohne großes Echo im Lande.

Erst in unseren Tagen beginnen sich die Anzeichen dafür zu mehren, daß der inzwischen weltweit verbreitete Protest der Friedensbewegung die Mächtigen dieser Welt zum Umdenken zwingt und eine nachhaltige Veränderung im politischen Bewußtsein der Menschen herbeigeführt hat. Nie zuvor waren die Aussichten für eine durchgreifende und wirk-same Abrüstung größer als jetzt. Die Fortschritte auf dem Weg zum Frieden sind unverkennbar. Erste Verträge sind unterschrieben und haben zur Verschrottung der Mittelstreckenraketen geführt. Über die

Beseitigung aller chemischen Waffen und die Verringerung der strategischen Atomwaffen wird ernsthaft verhandelt. Eine historische Chance tut sich auf, jahrzehnte alte ideologische Feindschaften aufzubrechen und der Erhaltung der Menschheit unterzuordnen.

Die Ursachen für diese erfreuliche und Hoffnung machende Entwicklung liegen zweifellos neben dem wachsenden politischen Einfluß der Friedensbewegung in der zunehmend untragbaren ökonomischen und ökologischen Belastung der Volkswirtschaften im Westen wie im Osten. Auch die neue Politik in der UdSSR unter Gorbatschow hat ihren Anteil daran.

Diese Anfangserfolge aber dürfen nicht zu der Illusion führen, als sei bereits eine unaufhaltbare Eigendynamik der Abrüstung entwickelt, als sei Abrüstung unumkehrbar geworden. Es gibt nach wie vor Gegner der politischen Entspannung, die an der Politik gegen den angeblich aggressiven Ostblock festhalten und an Großmachtträumen hängen. Gewisse Kreise sehen ihre politischen und finanziellen Privilegien bedroht; die Rüstungsunternehmen fürchten ihr äußerst profitables „wehrtechnisches“ Geschäft in Gefahr. Sie alle mobilisieren Widerstand gegen weitere Abrüstung. Sie fordern, die durch die jüngsten Abrüstungsschritte entstandenen „Lücken“ (wie sie sagen!) durch neue Aufrüstung auszugleichen.

Sie wollen einerseits die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen, andererseits Ausbau der sogenannten konventionellen Rüstung. Sie propagieren die Notwendigkeit einer neuen „Waffengeneration“, so unter anderem das viele Milliarden DM umfassende Rüstungsprojekt des „Jägers 90“.

Die derzeitige Bundesregierung hat - als Voraussetzung für die neue Rüstungswelle - die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung von 1982 bis 1988 um nicht weniger als 65,5% erhöht. Im gleichen Zeitraum beschnitt sie den Ausgaben-Zuwachs des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung auf 2,7% und kürzte die Ausgaben des Ministeriums für Wissenschaft und Bildung um 22,4%. Konstant versuchen dieselben Kräfte, das Verbot des Waffentransports in Spannungsgebiete zu unterlaufen und den weltweiten deutschen Rüstungsexport weiter zu liberalisieren.

Die in der Bundesrepublik vorhandenen umfangreichen Atomwaffen und Giftgaslager und die dichteste Truppenkonzentration in der Welt bringen tagtäglich tödliche Gefahren. Unnötig ausgedehnte Manöver

und der Lärm der Tiefflieger sowie deren vermehrte Abstürze bedrohen die Menschen in ständig wachsendem Maße. Gegen die geschilderten gefährlichen Entwicklungen und gegen andere Aussätze einer wieder auflebenden Kalte-Kriegs-Politik muß sich politischer Druck entfalten, denn politischer Druck ist *eine* wesentliche Voraussetzung zur Umkehr im Denken und dazu kann jeder von uns seinen Beitrag leisten, indem er die Friedensbewegung ideell und materiell unterstützt, indem er sich aktiv engagiert in den Aktionen und Initiativen gegen Aufrüstung und Militarismus, vor allem aber auch gegen den gefährlich wachsenden Nationalismus und Rechtsextremismus, der die Scheußlichkeiten des Krieges totschweigt und die von Deutschen begangenen Verbrechen leugnet.

Es gibt erfreuliche Anzeichen dafür, daß die öffentliche Meinung nicht mehr ungehört verhallt.

Die Menschen haben die Nase voll von ungehemmter Aufrüstung, die den sozialen Frieden gefährdet, von sinnlosen Tiefflügen, deren Lärm nicht nur unsere Kinder in Angst und Schrecken setzt, von völlig unnötiger Wehrdienstverlängerung oder gar von der Forderung nach einem Militärdienst für Frauen.

Politiker aller Couleur hören in zunehmendem Maße auf die Stimmung in der Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit erkannt hat, daß Sicherheit und Frieden in dieser klein gewordenen Welt nicht mehr durch militärische Stärke und entsprechende Rüstung zu erreichen ist, d. h. nicht mehr in Konfrontation sondern vielmehr in Kooperation auf politischem, ökonomischem, ökologischem und kulturellem Gebiet erreicht werden kann. Ich denke, hier ist die Stadt Wetzlar mit der gestern einstimmig beschlossenen Partnerschaft mit der russischen Stadt Pskow auf einem guten Wege.

Wie anders als mit kleinen Erfolgen dieser Bevölkerungsmehrheit ist es zu erklären, daß man die Wehrdienstverlängerung - kaum war sie eingeführt - wieder abgeschafft hat, daß man die Zahl der Tiefflüge ernsthaft problematisiert, daß selbst aus der Bundeswehrführung die Forderung nach Herabsetzung der Sollstärke erhoben wird und daß man nun erstmalig auch die Reduzierung des Verteidigungshaushalts in Erwägung zieht.

Dies alles ist erforderlich und gibt Mut zu weiteren Anstrengungen, die Christen und Gewerkschafter, Humanisten und Politiker, kurz alle Menschen, die die Zeichen einer sich verändernden und doch so ge-

fährdeten Welt erkannt haben, gemeinsam unternehmen müssen, um durchgreifende Abrüstung und ein friedliches Zusammenleben der Völker zu erreichen. Denn ein Ruhekitzen darf es für diese Anstrengungen nicht geben, weil die Gegenkräfte aktiv sind und alles versuchen, um das Rad der Geschichte in ihrem Sinne zurückzudrehen.

Lassen Sie mich das abschließend an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen.

So scheint es mir gar nicht in das Bild einer vorgeblich friedliebenden Abrüstungspolitik zu passen, wenn der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr öffentlich äußert, daß nur der Dienst an der Waffe dem Staatsziel dient und die im Grundgesetz verankerte Kriegsdienstverweigerung nach seiner Ansicht - allerdings juristisch begründet - das Gewissen degeneriert (so der Titel seiner Streitschrift!). Oder wenn lautstark die Abrüstungsinitiativen Gorbatschows in Zweifel gezogen und Wehklagen über den Verlust des militärischen Feindbildes geführt werden. Oder wenn die Männer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“<sup>1</sup> des Opportunismus bezichtigt werden, obwohl zu ihrem mutigen Schritt sicher ebenso viel Kraft und innere Überwindung notwendig waren, wie für die Männer des 20. Juli 1944. Sie allerdings werden - und das ist bezeichnend - von manchen Militärs und Rechtsaußen auch verleumdet.

Da denke ich unwillkürlich an den mutigen Einzelkämpfer und Deserteur des Zweiten Weltkriegs Ludwig Baumann, der durch die Bundesrepublik reist und seine „Kriegsgeschichte“ erzählt: Flucht aus der Marine im Juni 1942, Verhaftung, Todesurteil, Todeszelle, aus Zufall nicht hingerichtet, dann Strafbataillon 999 und schließlich Konzentrationslager. Er wird am heutigen Tag erstmals ein „Denk-Mal“ für den unbekanntenen Deserteur enthüllen. Er will damit an Menschen erinnern, die vielleicht viel früher und viel klarer erkannt hatten, welchem verbrecherischen Regime sie dienten, möglicherweise aber auch nur leben und nicht morden wollten. Auf Flugblättern, die er vor militärischen Anlagen verteilte, heißt es: „Immer sind in der Geschichte die einfachen Soldaten von ihrer Führung dazu mißbraucht worden, alles zu zerstören und nie hat der Soldat hinterher sagen können, was der

---

1 Nationalkomitee „Freies Deutschland“: 1943-1945 Zusammenschluss von kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren und kommunistischen deutschen Emigranten in der Sowjetunion zum Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Mensch, den er umbrachte, ihm denn getan hat. Widersetzt Euch, wenn Ihr es mit Eurem Gewissen nicht vereinbaren könnt.“

Aber welches Medium berichtet von ihm und seinem konsequenten Weg für Abrüstung und Frieden. Viel zu viel wird in dieser Hinsicht bei uns totgeschwiegen. Denn, so sagt der bekannte Militärhistoriker Manfred Messerschmidt „Für diese Deserteure ein Zeichen des Gedenkens zu setzen, ist nicht identisch mit der Verunglimpfung der Soldaten, die diesen Schritt nicht vollzogen haben.“

Und auch das muß hier und heute gesagt werden und es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen. Es wäre doch ein beachtenswertes und sicher weltweit anerkanntes Zeichen von Trauer, Verantwortung und dem Willen zur Versöhnung gewesen, wenn der deutsche Bundeskanzler, der nach dem Willen des Grundgesetzes die Richtlinien der Politik bestimmt, ohne jede Vorbedingung am 1. September nach Warschau gereist wäre. Seine ausgestreckte Hand hätte man dort sicher nicht zurückgewiesen, zumal unter den veränderten politischen Veränderungen der jüngsten Wochen.

Stattdessen erleben wir ein blamables Taktieren und Lavieren mit der unbestimmten Aussicht auf einen späteren Besuch. Ich frage mich, ich frage uns: Ist dies ein Zurückweichen vor jenen Kräften, die immer lautstärker ihre revanchistischen Zielsetzungen vertreten, die Ostgrenze in Frage stellen und die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg leugnen?

So muß dieser Tag, der 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs, der Antikriegstag der Gewerkschafts- und Friedensbewegung uns allen Mahnung sein, daß die Erinnerung an den größten und schrecklichsten aller Kriege wachgehalten wird, daß die Diskussionen um durchgreifende Abrüstung nicht mehr versickern, daß politischer Druck von unten die Mächtigen und Regierenden dieser Welt zum Nachdenken und zum Umdenken zwingt, getreu dem mahnenden Ruf: „Nie wieder ein Krieg!“

Wir alle sind aufgerufen, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften dafür zu sorgen, daß die Inschrift auf dem Gedenkmal im Friedenspark der durch den Atombombenangriff im August 1945 schwer zerstörten japanischen Stadt Hiroshima keine leeren Buchstaben und Worte bleibt:

„Schlaft ruhig! Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen!“